

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 20.10.2011	Beginn 17:05 Uhr	Ende 19:07 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner	
Kirschner, Thorsten	
Lotz, Katharina	
Oehl, Heinz	
Orentat-Steding, Ingrid	
Philipp, Gerd E.	
Schier, Klaus Peter	
Schwabe, Bernd Ulrich	
Tempel, Gabriele	
Werner, Gudrun	
Flüshöh, Oliver	
Grothoff-Blum, Christian	
Grüntker, Hermann	
Heinemann, Manfred	
Hens, Bernd	
Kampschulte, Matthias	
Nockemann, Frank	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Rüttershoff, Karen	
Steuernagel, Rolf	
Zeilert, Hans-Jürgen	
Dilly, Mike	ab 17:15 Uhr - TOP A 4
Poschmann, Jan	
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Rindermann, Horst	
Weidenfeld, Uwe	
Garn, Elke	
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	
Lubitz, Eleonore	
Bockelmann, Christian Dr.	
Siepmann, Ernst Walter	

Vorsitzender

Stobbe, Jochen	
----------------	--

stellv. Vorsitzende

Ferrara, Santo	
Hortolani, Frauke Dr.	

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Effert, Susanne	
Eibert, Peter	
Fleitmann, Sabine	
Kaltenbach, Rosemarie	
Kuss, Jürgen	
Rudolph, Heike	
Rüth, Christian	
Schweinsberg, Ralf	
Sormund, Frank	
Striebeck, Thomas	
Weidner, Gabriele	

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud	
-------------------	--

Abwesend:

stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane	
--------------------	--

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 15.09.2011	
4	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
5	Mitteilungen des Bürgermeisters	
6	Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses	173/2011
7	Änderung der Zuständigkeitsordnung	151/2011
8	Fortschreibung des Frauenförderplans 2011 - 2013	158/2011
9	Kurz- bzw. mittelfristige Vorgehensweise für einige ausgewählte Flächen im Stadtgebiet	160/2011/1
10	Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstraße" 1. Abwägung über § 3 Abs. 1 BauGB 2. Abwägung über § 4 Abs. 1 BauGB 3. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB 4. Beschluss zu § 4 Abs. 2 BauGB	164/2011
11	Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 35 "Verlängerte Kurfürstenstraße" 1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB	176/2011
12	Bebauungsplan Nr. 85 "Östlich Zamenhofweg" Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	192/2011
13	Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Schwelm	135/2011

14	Sachstandsbericht zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes sowie 1. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012	193/2011
14.1	1. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012	193/2011/1
15	Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2012	145/2011
16	Planung des weiteren Ausbaus von Plätzen für Unter-Dreijährige nach dem KiBiz	163/2011/1
17	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 06.03.04.533100	168/2011
18	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 06.03.03.533100	169/2011
19	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 06.03.03.533200	170/2011
20	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 06.01.04.533100	171/2011
21	Tarifordnung für Standgelder der Heimatfestkirmes	154/2011
22	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/-auszahlungen i. H. v. insgesamt 389.550,00 Euro bei den Buchungsstellen 02.01.09.523200 und 02.01.10.523200 - Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV)	174/2011
23	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n	
----------	--	--

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
----------	---	--

Anschließend stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung trägt er folgende beabsichtigte Ergänzung bzw. Änderung vor:

HINZUKOMMENDE TOPE

Neu - VL 199/2011:

„6. Änderungssatzung zur Satzung des VHS-Zweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd“

↳ *Die Vorlage wurde zum FA am 13.10.2011 ausgelegt und den übrigen Ratsmitgliedern Anfang der Woche zugesandt !*

Neu - VL 193/2011/1:

„1. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012“

↳ *Die Vorlage wurde Anfang der Woche zugesandt !*

AUSTAUSCH DER VORLAGE

163/2011 durch 163/2011/1:

„Planung des weiteren Ausbaus von Plätzen für Unter-Dreijährige nach dem KiBiz“

↳ *Die Vorlage liegt als Tischvorlage aus !*

Außerdem liege eine Mitteilung des Immobilienmanagements zur Verwendung der K-II-Mittel aus *(die Mitteilung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt)*.

Anschließend erkundigt sich der Bürgermeister, ob sich die Fraktionen verständigt haben, wie mit dem Antrag der CDU „Resolution Kommunalfinanzen“ verfahren werden und auch dieser in die Tagesordnung aufgenommen werden solle.

Herr Gießwein beanstandet im Hinblick auf das vereinbarte Verfahren zur Erweiterung der Tagesordnung, dass diese Absprache sowohl auf die Politik als auch auf die Verwaltung Anwendung finden müsse und erklärt, dass er mit der Erweiterung der Tagesordnung um Vorlage 199/2011 und um die Resolution nicht einverstanden sei.

Herr Flüshöh erläutert zum Antrag „Resolution Kommunalfinanzen“ dass man sich im Vorfeld nicht auf eine Formulierung verständigen konnte und er daher die Aufnahme der Ursprungsfassung des Antrages auf die Tagesordnung beantrage. Auch halte er auf Grund der Beratung im Landtag die Dringlichkeit für gegeben.

Bürgermeister Stobbe schlägt daraufhin die getrennte Abstimmung über die einzelnen Ergänzungen der Tagesordnung vor und ruft zur Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung um Vorlage 199/2011 „6. Änderungssatzung zur Satzung des VHS-Zweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd“ auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	18
	dagegen:	19
	Enthaltungen:	

- abgelehnt -

Als nächstes bittet er um das Votum zur Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag der CDU vom 13.10.2011 „Resolution Kommunalfinanzen“.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	18
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	1

- abgelehnt -

Abschließend fordert er zur Abstimmung über die noch verbleibenden Änderungen / Ergänzungen der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 15.09.2011	
----------	---	--

Die Niederschrift wird genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

4	Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung	
----------	---	--

Frau Theißen – angrenzende Anwohnerin des Bebauungsgebietes Drosselstraße – erkundigt sich beim Bürgermeister und der Verwaltung, an wen sie sich wenden müsse, um einen aktualisierten Bebauungsplan mit Maßen und Höhen zu erhalten und wer ihr ausführliche Informationen dazu geben könne. Die Informationen, die sie von der Verwaltung per Email zugesandt bekommen habe, seien nach ihrer Einschätzung sehr vage.

Herr Sormund führt zu der Email der Verwaltung aus, dass ihr in dieser unter anderem ein Gespräch angeboten worden sei, um ihre offenen Fragen – soweit zum jetzigen Zeitpunkt des Bebauungsplanverfahrens möglich – innerhalb der Verwaltung ausführlich beantworten zu können.

Er werde ihr den Bebauungsplan nochmals per Email zuleiten, weise aber darauf hin, dass man sich in einem frühen Entwurfsstadium befinde, dass noch vollkommen unverbindlich sei.

Herr Stobbe schlägt Frau Theißen vor, mit Herrn Sormund einen Gesprächstermin zu vereinbaren.

Herr Thier – Anwohner der Kolpingstraße – teilt mit, dass im Kreuzungsbereich der Potthoffstraße / Kolpingstraße Mitarbeiter der Technischen Betriebe Schwelm auf dem Bürgersteig Halteverbotsschilder aufgestellt haben. Auf Nachfrage habe er erfahren, dass dies im Ergebnis der Gespräche des „Runden Tisches Winterdienst“ an mehreren Stellen der Stadt geschehe.

Herr Stobbe erläutert ihm dazu, dass man am runden Tisch zu der Erkenntnis gelangt sei, dass bei starkem Schneefall wie im Vorjahr die Räumfahrzeuge an diversen Punkten in der Stadt wieder Probleme haben werden, durchzukommen. Aus diesem Grunde würden mit Beginn des Winters temporär die besagten Halteverbotszonen eingerichtet. Die TBS seien dabei, eine Informationsbroschüre für die Bürger zu erstellen. Im übrigen beginne man gerade erst mit der Vorbereitung der Maßnahmen.

Herr Schwunk bemängelt, dass der Wegfall der vielen Parkplätze der Politik im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) zur Entscheidung hätte vorgelegt werden müssen. Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass es sich hierbei um Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht handle, die nicht politisch zu beraten seien.

Herr Stobbe schlägt abschließend vor, das Thema unter dem Tagesordnungspunkt „Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung“ nochmals aufzugreifen.

5	Mitteilungen des Bürgermeisters	
----------	--	--

Bürgermeister Stobbe teilt mit, dass Frau Kaltenbach zum 01.01.2012 zur Beigeordneten der Stadt Rheinberg gewählt wurde. Er wünscht ihr – auch im Namen des Rates – für ihren weiteren beruflichen Weg alles Gute.

Anschließend weist Herr Stobbe darauf hin, dass der Trägerverein Schwelmebad auf Antrag der FDP einen Lagebericht abgeben sollte. Dieser war für den Finanzausschuss am 13.10.2011 geplant, werde aber nun im Hauptausschuss am 17.11.2011 nachgeholt.

Auf Hinweis des Herrn Weidenfeld auf eine Terminüberschneidung hinsichtlich HA und Termin Einzelhandelskonzept teilt Herr Stobbe mit, dass man dabei sei, für das Gespräch über das Einzelhandelskonzept einen neuen Termin zu finden und dann entsprechend mitzuteilen.

Unter Hinweis auf die ausliegende Aufstellung der verwendeten K-II-Mittel stellt der Bürgermeister fest, dass es gelungen sei, die zur Verfügung gestellten Mittel bis auf einen minimalen Restbetrag von 71 € zu verwenden. Er dankt im Namen des Rates allen beteiligten Mitarbeitern, dass dies möglich war.

Frau Kaltenbach informiert die Ratsmitglieder, dass die jährlich von den Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern einzuholende Erklärung nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz in diesem Jahr nicht postalisch zugestellt werde, sondern den Fraktionsvorsitzenden mit der Bitte um Weiterleitung in die Fächer gelegt wurden.

Zur Vermeidung von Arbeitsaufwand bittet sie dringend um Einhaltung des vorgegebenen Termins. Auf Erinnerungsschreiben werde man verzichten. In den Fällen, in denen keine Erklärung eingereicht werde, erfolge eine Veröffentlichung mit dem Hinweis „Es liegt keine Erklärung vor!“.

Unter Bezugnahme auf den Antrag der BfS-Fraktion auf Organisationsuntersuchung der Stadtverwaltung Schwelm teilt Herr Stobbe mit, dass man sich mit der PPP-Task Force des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen über diesen Vorschlag unterhalten habe. Diese rate der Verwaltung, an dem bisher vorgesehenen Ablauf festzuhalten. Im ersten Schritt gehe es um die Begutachtung der Gebäude, die zunächst auf der Basis des vorgelegten Zahlenmaterials erfolge. Der Vertrag sei mittlerweile unterzeichnet.

Der Bürgermeister bittet, noch abzuwarten und wie geplant weiter vorzugehen. In einer „Kick-Off-Veranstaltung“ am 24.11.2011 bei der NRW-Bank in Düsseldorf werden weitere Details besprochen.

Herr Schweinsberg führt zu dem von der CDU am 11.10.2001 eingereichten Antrag „Vorbeugende Sozialpolitik – Antrag auf Prüfung einer Teilnahme am Modellprojekt des Landes NRW“ aus, dass im Ältestenrat vorgeschlagen wurde, an der von der Staatskanzlei angebotenen Informationsveranstaltung am 09.11.2011 teilzunehmen. Die Teilnahme werde durch die Herren Eibert und Menke erfolgen. Es soll ein Eindruck gewonnen werden, ob die Teilnahme am Modellprojekt für die Stadt Schwelm Sinn mache oder nicht. Die gewonnenen Erkenntnisse werde man im Jugendhilfeausschuss am 14.11.2011 vorstellen.

6	Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses	173/2011
----------	--	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt

7	Änderung der Zuständigkeitsordnung	151/2011
----------	---	-----------------

Beschluss:

Die Änderung der Zuständigkeitsordnung wird wie in Anlage 1 zur Vorlage 151/2011 dargestellt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

8	Fortschreibung des Frauenförderplans 2011 - 2013	158/2011
---	---	----------

Beschluss:

Der Bericht zum abgelaufenen Frauenförderplan sowie die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten werden zur Kenntnis genommen.

Die 3. Fortschreibung des Frauenförderplans für den Zeitraum 2011 – 2013 wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

9	Kurz- bzw. mittelfristige Vorgehensweise für einige ausgewählte Flächen im Stadtgebiet	160/2011/1
---	---	------------

Bürgermeister Stobbe weist darauf hin, dass die Ergänzungsvorlage alle Änderungswünsche aus den Vorgremien enthalte.

Herr Schwunk erklärt, dass man mit der Vorlage über alle Flächen in Schwelm eine grundsätzlich richtige Entscheidung getroffen habe. Er bittet jedoch um Mitteilung des Sachstandes zu den weiteren Vorgängen, die zum Thema Kunstrasenplätze laufen. Die Sportvereine warten bereits seit Jahren auf eine Entscheidung hierzu.

Zu dem ehemaligen Zassenhaus-Gelände vertritt er die Auffassung, dass man dort keine andere Entscheidung treffen könne, als dort Gewerbe anzusiedeln. Hinsichtlich der Umsetzbarkeit der Spiel- und Freizeitfläche an der Wilhelmshöhe in Schwelm habe er erhebliche Zweifel.

Herr Feldmann bemängelt die Art und Weise wie die Vorlage entstanden sei. Beratungen in Ausschüssen werden zunehmend mehr durch Beratungen in Arbeitsgruppen ersetzt. Er habe kein Verständnis, dass bei derart wichtigen Überlegungen über die bedeutsamen Flächen Schwelms derart schnell verfahren werde. Hierbei gehe es um grundlegende Städtebaupolitik.

Herr Weidenfeld führt dazu aus, dass man das Prozedere so gewählt habe, um der Verwaltung eine grobe Richtung vorzugeben. Er hinterfragt die in Anlage 12 aufgeführten interkommunalen gewerblichen Bauflächen in Linderhausen, da diese von der Darstellung des Kreises abweichen. Herr Sormund verweist auf die hierzu unter 2.1.10 der Vorlage aufgeführten Erläuterungen.

Herr Weidenfeld bittet, dem Protokoll eine Anlage beizufügen, aus der hervorgehe, dass der Kreis bestätige, dass die Anlage 12 dem konkreten Zustand in Schwelm entspreche.

Herr Flühöh begrüßt, dass die Vorlage heute beschlossen werde. Die Diskussion über die Flächen, die alle miteinander verzahnt seien, habe man nun lange geführt. Wichtig sei, die Grundüberlegungen festzuhalten, damit die Verwaltung weiter planen könne.

Herr Stobbe betont, dass es in der Vorlage um Tendenzbeschlüsse gehe, die nun die Möglichkeit eröffnen, entsprechende weitere Gespräche zu führen. Die Vorlage beinhalte den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den man sich verständigt habe.

Beschluss:

- Bereich Bahnhof Loh – Das Gelände des ehemaligen Bahnhofes Loh soll zu einer Sportfläche entwickelt werden.
- Bereich Zassenhaus – Das Gelände des Bebauungsplanes Nr. 80 „Viktoriastraße“ soll vorrangig im Sinne der Ansiedelung von Gewerbebetrieben behandelt werden. Die Ansiedelung eines Einzelhandelsbetriebes ist auch denkbar.
- Bereich Linderhausen – Die Entwicklung des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes in Linderhausen soll unterstützt werden.
- Bereich entlang der B7 – Der Bereich entlang der B7 soll von zentrenrelevantem Einzelhandel freigehalten werden.
- Bereich Sportplatz Brunnen – Das Grundstück des Sportplatzes am Brunnen soll bebaut werden.
- Bereich Sportplatz Wilhelmshöhe – Der Sportplatz Wilhelmshöhe soll zu einem Spiel- und Freizeitfläche entwickelt werden.
- Bereich Sportplatz an der Rennbahn – Die Sportanlage soll als Ausweichstandort und für den Schulsport erhalten bleiben.
- Bereich Sportplatz Rote Berge – Die Sportanlage soll mittelfristig aufgegeben werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	36
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

10	Bebauungsplan Nr. 92 "Drosselstraße" 1. Abwägung über § 3 Abs. 1 BauGB 2. Abwägung über § 4 Abs. 1 BauGB 3. Beschluss zu § 3 Abs. 2 BauGB 4. Beschluss zu § 4 Abs. 2 BauGB	164/2011
-----------	---	-----------------

Herr Feldmann empfiehlt das Archäologische Institut in Olpe einzubinden, da es sich bei dem betroffenen Bereich um einen nahen Randbereich des Fronhofes handle.

Beschluss:

1. Gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 92 "Drosselstraße", einschließlich der Entwurfsbegründung und der textlichen Festsetzungen (Anlagen zur Sitzungsvorlage Nr. 164/2011) beschlossen.
 Von der Regelung des § 4 a Abs. 6 BauGB, dass unter den darin genannten Voraussetzungen Stellungnahmen, die nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben, wird Gebrauch gemacht.
 Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 29.08.2011) Gemarkung

Schwelm, Flur 19, Flurstücke: 153-155, 162, 849, 1037, 1039 tlw. und 1049.
Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs.7 BauGB).

- Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Planentwurfes zu Bebauungsplan Nr. 92 „Drosselstraße“ die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung, durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	

11	Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 35 "Verlängerte Kurfürstenstraße" 1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB	176/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss:

- Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB keine Anregungen eingegangen sind.
- Die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Verlängerte Kurfürstenstraße“ wird gem. § 10 BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung, in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung des Landes (GO NW) in der zur Zeit gültigen Fassung als Satzung beschlossen. Die Entwurfsbegründung wird gem. § 9 (8) BauGB als Entscheidungsbegründung übernommen.
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 08.09.2010) Gemarkung Schwelm, Flur 19, Flurstücke: 12 teilw., 18, 28, 30 teilw., 32 teilw., 33, 36, 37 teilw., 38 teilw., 43 teilw., 46 teilw., 47, 48, 49 teilw., 689 teilw., 690, 691 teilw., 706 teilw., 822, 823 teilw. und 971.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

12	Bebauungsplan Nr. 85 "Östlich Zamenhofweg" Abwägung und Beschlussfassung aus § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	192/2011
-----------	--	-----------------

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der Sitzungsvorlage 192/2011 dargestellt, abgewogen.
2. Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S.666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 85 „Östlich Zamenhofweg“ der Stadt Schwelm als Satzung und die zugehörige Begründung vom 15. September 2011 beschlossen. Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 15.09.2011) Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke: 454 teilw., 457 teilw., 540 teilw., 541 teilw., 581, 582, 583, 591, 592, 597, 598, 607, 608, 613, 614, 615 teilw., 616 teilw. Die genauen Grenzen setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

13	Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Schwelm	135/2011
-----------	---	-----------------

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass die Vorlage entgegen der dort ausgewiesenen Zuständigkeit nur zur Kenntnis genommen werden müsse.

Der PKF FASSELT SCHLAGE Wirtschaftsprüfungsgesellschaft seien die gesamten Unterlagen nochmals zugeleitet worden. Das daraufhin erstellte neue Memorandum vom 20.10.2011 werde dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es schließt sich eine kontroverse Erörterung zur seinerzeitigen Bewertung des Freibades bei der Eröffnungsbilanz der Stadt Schwelm zum 1. Januar 2008 mit dem Erinnerungswert von einem Euro an.

Kenntnisnahme festgestellt

14	Sachstandsbericht zur Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes sowie 1. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012	193/2011
-----------	---	-----------------

Kenntnisnahme festgestellt

14.1	1. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012	193/2011/1
-------------	--	-------------------

Kenntnisnahme festgestellt

15	Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2012	145/2011
-----------	--	-----------------

Herr Flüshöh schildert kurz die Beweggründe für die Haltung der CDU-Fraktion, den Beschluss der Erhöhung der Kassenkredite so nicht mitzutragen.

Man sei inzwischen bei einer Höhe von 75 Mio. Euro angelangt und müsse nun einen Wendepunkt erreichen und überlegen, was hierfür getan werden könne.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	26
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	1

16	Planung des weiteren Ausbaus von Plätzen für Unter-Dreijährige nach dem KiBiz	163/2011/1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung fachlicher und wirtschaftlicher Aspekte ein Konzept für den weiteren Ausbau der Betreuung in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren entwickelt. Dieses wird mit der Bezirksregierung Arnsberg „vorberaten“ und anschließend dem JHA, Finanzausschuss und Rat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

17	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 06.03.04.533100	168/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 06.03.04.533100 –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 73.000,- € für das Haushaltsjahr 2011 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

18	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 06.03.03.533100	169/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 06.03.03.533100 –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 160.000,- € für das Haushaltsjahr 2011 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

19	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 06.03.03.533200	170/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 06.03.03.533200 -Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen- werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 640.000 € für das Haushaltsjahr 2011 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

20	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 06.01.04.533100	171/2011
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 06.01.04.533100 –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 80.000,- € für das Haushaltsjahr 2011 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

21	Tarifordnung für Standgelder der Heimatfestkirmes	154/2011
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Tarifordnung über die Erhebung von Standgeldern anlässlich der Stadtkirmes während des Heimatfestes gem. Vorlage der Verwaltung Nr. 154/2011 als Tarifordnung

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	36
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

22	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/-auszahlungen i. H. v. insgesamt 389.550,00 Euro bei den Buchungsstellen 02.01.09.523200 und 02.01.10.523200 - Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV)	174/2011
-----------	---	-----------------

Herr Kick erkundigt sich, ob schon bekannt sei, inwieweit sich das Gesamteinsparvolumen aufgrund der Neuberechnung der Gesamtkosten für die Pensionsrückstellungen für die Stadt Schwelm verändere.

Protokollnotiz der Verwaltung:

Der Betrag wurde bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 13.10.2011 mitgeteilt.

Auszug aus der Niederschrift des FA – 13.10.2011:

„Kerr Kick (SPD – Fraktion) möchte wissen, ob sich dieser Effekt auch in der Gesamtverwaltung bemerkbar gemacht hat. Frau Kaltenbach (Leiterin Fachbereich Zentraler Service) führt aus, dass durch die verringerten Pensionsrückstellungen für das Jahr 2010 einmalig Ergebnisverbesserungen von rd. 3 Mio. € erzielt werden konnten, davon rd. 300.000 € zahlungswirksam.“

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 02.01.09.523200 - Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV) - (Produkt Allgemeiner Rettungsdienst) werden überplanmäßige Aufwendungen/-auszahlungen in Höhe von 260.700,00 Euro bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge/-einzahlungen bei der Buchungsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer - gewährleistet.

Bei der Buchungsstelle 02.01.10.523200 - Erstattungen von Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV) - (Produkt Besonderer Rettungsdienst) werden überplanmäßige Aufwendungen/-auszahlungen in Höhe von 128.850,00 Euro bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge/-einzahlungen bei der Buchungsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer - gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

23	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	
-----------	--	--

Herr Nockemann bezieht sich auf das von Herrn Thier unter TOP A 5 angesprochene Parkverbot und bringt in Erinnerung, dass bei dem „Runden Tisch Winterdienst“ am 24.05.2011 festgestellt worden sei, die Einrichtung der besprochenen temporären Halteverbotszonen für 2011 nicht mehr vorzusehen, da die Mittel für Beschilderungen bereits verplant seien. Die Technischen Betriebe würden dies der Politik zu gegebener Zeit per Verwaltungsvorlage zur Entscheidung vorlegen.

Herr Stobbe führt hierzu aus, dass in dem „Runden Tisch“ verschiedene Maßnahmen besprochen worden seien und der Winterdienst rechtzeitig vorbereitet werden müsse. Er äußert Unverständnis, dass im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung Raum für eine ausführliche Diskussion der Angelegenheit gewesen sei und die Diskussion jetzt im Rat aufkomme. Im übrigen handle es sich hierbei grundsätzlich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

Herr Schweinsberg führt ergänzend hinzu, dass derzeit nur dort Schilder aufgestellt werden, wo es die Verkehrssicherungspflicht für die Räumfahrzeuge gebiete.

Herr Schwunk erkundigt sich im Hinblick auf die eingestellten Planungen zur B483n, was die Verwaltung zur Unterstützung der Anwohner der Hattinger und Kölner Straße zu tun gedenke, bzw. welche Maßnahmen sie plane.

Bürgermeister Stobbe verweist hierzu auf die Hintergründe, die zur Veränderung der Planungen geführt haben und schildert, dass sich die auf Ennepetaler Gebiet nicht mögliche Trassenführung auch auf andere Gebiete ausgewirkt habe.

Herr Sormund ergänzt auf Nachfrage, dass „Straßen NRW“ im Vorfeld nicht eingebunden gewesen sei und man sich mit der Stadt Ennepetal nochmals gemeinsam an Straßen NRW wenden werde, um dort einen Termin zu bekommen.

Es beginnt eine kurze kritische Erörterung hinsichtlich der sich durch die B483n ggf. ergebende Entlastung an LKW-Verkehr, die Herr Stobbe bittet, im Ausschuss für Umwelt und Stadtplanung zu führen.

Herr Steuernagel merkt an, dass er es als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates der Technischen Betriebe Schwelm begrüßt hätte, wenn dieser über das Thema „Winterdienst“ kurz informiert worden wäre. Er weist darauf hin, dass die Stadt Schwelm von der VER gelobt worden sei, weil sie als einzige den „Runden Tisch Winterdienst“ praktiziert habe.

Herr Stobbe hält es aufgrund der vorgetragenen Anregungen für sinnvoll, die bereits feststehende Tagesordnung für die Sitzung des AUS am 08.11.2011 noch um die Themen „B483n“ und „Winterdienst“ zu erweitern.

Herr Dr. Bockelmann erkundigt sich erneut nach dem Sachstand zur Verkehrsumführung Bismarckstraße. Herr Sormund erläutert hierzu, dass die von der Kreispolizei Schwelm ausstehende Stellungnahme immer noch nicht vorliege. Er werde aber erneut nachfragen.

Frau Gießwein hält es für dringend angebracht, für das Gebiet der Brauerei einen Bebauungsplan aufzustellen.

Herr Flühshöh erkundigt sich zu der vorgesehenen Begehung der Schulgebäude, ob diese bereits stattgefunden habe und wenn ja, mit wem und welchem Ergebnis. Herr Schweinsberg teilt mit, dass man sich in unterschiedlichster Konstellation alle Schulen angeschaut, aber bis heute noch keine Auswertung der Begehungen vorgenommen habe.

Herr Philipp ergänzt, dass er alle Fraktionen zur Teilnahme eingeladen habe.

Herr Stark bittet um einen Sachstandsbericht zum Umbau des Schwelmer Bahnhofs. Der Umbau sollte seinerzeit bereits im September / Oktober 2011 beginnen. Der Bürgermeister schildert kurz die aktuelle Situation und gibt einen Rückblick auf die Vorkommnisse, die zur Verzögerung geführt haben.

Herr Weidenfeld beantragt, in die Tagesordnung des AUS am 08.11.2011 das weitere Vorgehen hinsichtlich der Überplanung des Brauereigeländes aufzunehmen.

Herr Philipp spricht den Antrag der CDU auf Teilnahme an dem Modellprojekt des Landes an und hält es für sinnvoll, wenn dadurch die Diskussion zur kommunalen Prävention geführt würde.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 17 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 21.10.2011	Schritfführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------